

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groszstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 71.

Donnerstag, 25. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 50 Pfennig (bald 3 Mark) durch Post- oder Banckonten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Schließungen der Abzweigungen und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftungs-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife, Bewilligung Rabatt erteilt, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontanz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Unentgeltliche Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftstele: Weststraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Heiliges Salzwasser.

Zwischen der englischen und der deutschen Küste liegt ein Stück Meer, es präsentiert sich allerdings nur als ein Kanal, aber immerhin, das Salzwasser, das sich dort befindet, scheint gar heilkräftig zu sein. Herr Chamberlain ist nach London zurückgekehrt. Und auch die deutsche Delegation hat sich wieder am häuslichen Herd versammelt. Es ist eine Distanz geschaffen worden. Diese Distanz wirkt Wunder. Schneller wie damals, als die Köpfe der Gentes Nationen sich über den grünen Tisch beugten, schützt sich jetzt, nachdem dieser historische Tisch wieder in Einsamkeit steht, die Wahrheit, oder vielmehr der Kernpunkt des ganzen Meinungsstades heraus. Chamberlain war in London in die Verteidigung gedrängt. Er mußte sich rechtfertigen. Daß er in diesem Bemühen auch hier wieder manumal verfuhr, die Schuld an dem Gentes Meinungswandel Deutschland in die Schuhe zu schieben, soll ihm verziehen werden. Das entbindet uns allerdings nicht von der Aufgabe, die Entstellungen, die Herr Chamberlain im Verlauf seiner Verteidigungsrede heranzog, auf das Nachdrücklichste zu widerlegen. Wir begreifen es, daß die deutsche Reichsregierung so schnell Verantwortung annimmt, durch ein amtliches Kommuniqué der Welt zu sagen, daß die Behauptungen des Herrn Chamberlain nicht ganz zutreffen. Selbstverständlich, Deutschland hat niemals während der Verhandlungen in Locarno die Bedingung gestellt, daß der Rat nicht erweitert wird und daß die Struktur des Völkerbundes, wie sie sich in Locarno zeigte, keine Veränderung erfährt. Denn das waren Selbstverständlichkeiten, über die nicht diskutiert zu werden brauchte. Selbstverständlichkeiten, über die alle einig waren, auch diejenigen, die sie heute leugnen, eben weil sie damals den dringlichsten Wunsch hatten, die endgültige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund aufs Schnellste herbeizuführen. Wenn man heute den Wortlaut der brasilianischen Antwort auf das deutsche Memorandum vom September 1924 durchliest, so kann man es beim besten Willen nicht verstehen, daß Herr Chamberlain zu der Annahme kommen kann, gerade diese Antwort hätte Deutschland veranlassen müssen, auf seiner Seite zu sein. Auch der Schriftwechsel zwischen der Reichsregierung und dem Völkerbundsekretariat gibt dieser Annahme des Herrn Chamberlain nicht die geringste Stütze. Wir können also nicht anders, als diese Erklärungen Chamberlains als recht laute Aussprüche zu bezeichnen.

Die Distanz schafft tatsächlich Wunder. Der Gegensatz zwischen der deutschen Auffassung und der Auffassung, die in der gleichen Frage gewisse Entente-mächte einnehmen, wird klarer. Und aus dieser Klarheit erheben sich deutlicher als je zuvor die Untergründe, die diesen Gegensatz geschaffen haben: das falsche Spiel in Locarno hinter dem Rücken der deutschen Delegation, die Bemühungen, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gegenstandslos zu machen, neue Koalitionsgruppen zu bilden, deren Spitze gegen Deutschland gerichtet ist, also, alles in allem, alle Momente fortzuschleppen, die sich einer Weiterführung der alten Entente-mächtepolitik mit ihren Begriffen des Sieges und des Besiegten in den Weg stellen könnten. Diese Beweggründe sind die Hauptursache. Die Vorkommnisse in Genf sind nur die Symptome einer Krankheit, die in dieser Hauptursache ihre Wurzel findet.

Die deutsche Reichsregierung vertritt jetzt mit der gebotenen Deutlichkeit ihren Standpunkt. Die Gegenseite verharret bei den Argumenten, die sich ihm entgegenstemmen. In der Mitte liegt die Luft. Die Luft war auch vorhanden, als die Herren noch alle zusammen im Territorium Chamberlains zu Genf in lebenswärtiger Nüchternheit und komplimentenreicher Affektiosität diskutierten. Dieser diplomatische Salon in Genf hatte wohl einen eigenartigen Hauch. Die nackte Wahrheit magte sich da nicht recht hervor. Und die brutale Deutlichkeit der Gegenseite verlässlichtete sich etwas unter einer konventionellen Form. Der Hauch hat zum Glück der Zeit gelohnt. Und die Distanz, das trennende Salzwasser sagt dafür, daß die Umrisse des früher so häufig vertulichten Ängstlichen etwas schärfer hervortreten.

Es hat den Anschein, daß der Gegensatz in der brennendsten aller Fragen zwischen Berlin und London noch sehr groß ist. Berlin sagt nein, Chamberlain ruft ja. Und das Nein der Reichsregierung umschreibt die Voraussetzung, unter der Deutschland in den Völkerbund eintritt wollte. Welche Lehre sich hieraus für uns ergeben müßte, braucht nicht besonders betont zu werden. In der Opposition im Reichstag, die diese Luft zwischen der deutschen und der Ententeauffassung fester empfand, als eine Mehrheit, sagte der Reichsanwalt, daß er freie Hand habe, das Eintrittsgeld zurückzufordern, wenn es ihm beliebt. Und dinkt, daß, so lange dieser Meinungsunterschied und die Untergründe, die ihn bedingen, zwischen Berlin, Paris und London nicht gründlich beseitigt sind, das deutsche Eintrittsgeld nur in der Luft hängt. Es ist nicht Deutschlands Aufgabe, die Grundlage für dieses Eintrittsgeld wieder zu schaffen. Denn wir haben diese Grundlage nie verlassen. Bisherig haben die Vertragsgegner wieder zu ihr zurück. Und lassen dabei erkennen, daß sie die Untergründe, die ihr früheres Vorgehen bedingten, als etwas Unvermeidliches einzuschließen gelernt haben. Dann wird man endlich Locarnopolitik treiben können.

Eine deutsche Antwort an Chamberlain.

Die Berufung auf die brasilianische Note.

Eine Verflechtung der Tatsachen.

Herrn Chamberlain. Aus Anlaß der letzten Debatten im Reichstag und im englischen Unterhaus über die Völkerbundsfrage wird heute der Wortlaut der Note vom 1. Dezember 1924 veröffentlicht, mit der die brasilianische Regierung feierlich auf das deutsche Memorandum vom September 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geantwortet hat.

Diese Note schließt mit folgenden Darlegungen: Brasilien hat an sich keinerlei Einwendungen gegen den Eintritt Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes zu erheben, im Gegenteil, es wünscht, daß dieser Schritt sich vollziehe. Auch in Brasilien im Prinzip nicht dagegen, daß das neue Mitglied einen hängigen Sitz im Rat erhalte. Diese Fragen und die anderen, auf die sich das Memorandum der deutschen Regierung bezieht, werden von Brasilien in unvoreingenommenem Geiste und in gerechter Abwägung ins Auge gefaßt werden, sobald wir berufen werden, die Angelegenheit bei ihrer Erörterung der Völkerbundversammlung zu behandeln.

Von unterrichteter Seite wird zu der Frage folgendes mitgeteilt: Es ist auffallend, daß der englische Außenminister in seiner Rede im Unterhaus sich nur auf den einen Absatz der brasilianischen Note bezieht, den auch der brasilianische Vertreter in Genf in der Schlussfassung der Bundesversammlung allein wiedergegeben hat, den Absatz nämlich, in dem von der Notwendigkeit gesprochen wird, die in dem deutschen Memorandum aufgeworfenen Fragen im Schoße des Völkerbundes selbst zu erörtern. Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat sind aber nicht die Ausführungen der brasilianischen Note, die sich auf die Gesamtheit der Darlegungen des deutschen Memorandums beziehen, entscheidend, sondern vielmehr diejenigen Sätze, in denen die brasilianische Regierung ihren Standpunkt dahin festsetzt, daß sie den Eintritt Deutschlands wünsche und im Prinzip nicht dagegen sei, daß das neue Mitglied einen hängigen Sitz im Rat erhalte. Diese entscheidenden Sätze enthalten keinerlei Vorbehalt Brasilien, den Antrag Deutschlands auf Einräumung eines hängigen Sitzes erst noch mit den anderen Ratsmächten zu prüfen. Noch weniger findet sich in der brasilianischen Note die geringste Andeutung, daß die brasilianische Regierung den hängigen Sitz für Deutschland von der gleichzeitigen Einräumung eines hängigen Sitzes an Brasilien abhängig machen werde. Die deutsche Regierung konnte und mußte daher annehmen, daß Brasilien ebenso wie die anderen Ratsmächte der deutschen Forderung vorbehaltlos zustimmte.

Es ist deshalb nicht verständlich, daß Herr Chamberlain meint, die brasilianische Antwort hätte Deutschland veranlassen müssen, auf seiner Seite zu sein. Daraus, daß Brasilien damals, wie Herr Chamberlain annimmt, den Deutschen eine Warnung übermittelte, es werde sein eigenes Ersuchen um Einräumung eines hängigen Sitzes gleichzeitig mit dem deutschen Antrag zur Erörterung stellen, kann nicht im entferntesten die Rede sein.

Wenn es in dieser Hinsicht noch eines Beweises für die Richtigkeit des deutschen Standpunktes bedürfte, so würde er durch den späteren Verlauf der Angelegenheit bis zur Märztagung erbracht werden. Die deutsche Regierung hat bekanntlich nach Eingang der Antworten der zehn Ratsmächte

auf ihr Memorandum vom September 1924 eine Note vom 12. Dezember 1924 an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet und in dieser Note festgehalten, sie entnehme aus den Antworten der Ratsmächte, daß ihrem Wunsch wegen der Beteiligung Deutschlands am Völkerbundsrat seitens der damals im Rat vertretenen Regierungen entsprochen werden würde. Gegen diese Festhaltung ist in der Antwort des Völkerbundsrats vom 18. März 1925, an deren Fassung sowohl die brasilianische Regierung als auch die britische Regierung als Ratsmächte beteiligt waren, kein Widerspruch erhoben worden. In der Antwort des Völkerbundsrats wurde vielmehr auf die Antworten der zehn Ratsmächte ausdrücklich Bezug genommen und hervorgehoben, daß der Rat, der sich aus den Vertretern derselben Regierungen zusammensetze, nicht in der Lage sei, eine Erklärung abzugeben, die mit jenen Antworten der Ratsmächte im Widerspruch stände. Außerdem wurde aber vom Völkerbundsrat im Schlußsatz seiner Antwort ganz unabweislich und klar der Wunsch ausgesprochen, Deutschland an seinen Arbeiten, d. h. an den Arbeiten des Rates, teilnehmen zu sehen. Daraus wurde von den im Rat vertretenen Regierungen erneut das vorbehaltlose Einverständnis mit der Aufnahme Deutschlands in den Rat zum Ausdruck gebracht.

Dazu kommt aber, was England angeht, noch folgendes: Für die Haltung Englands ist nicht allein der vorstehend erwähnte Schriftwechsel Deutschlands mit den Ratsmächten und dem Rat, sondern auch der gesamte Verlauf der Sicherheitsverhandlungen maßgebend. England hat mit den übrigen Vertragspartnern von Locarno die Verbindung des Sicherheitspakt mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gefordert. Die ganzen Verhandlungen von Locarno sind auf der Grundlage geführt worden, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes und zugleich hängiges Mitglied des Rates werden werde. Die Möglichkeit, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat irgendwie auf Schwierigkeiten stoßen würde, ist dabei von keiner Seite auch nur im entferntesten in Betracht gezogen worden. Auch die Tatsache, daß für die Aufnahme Deutschlands eine Sondertagung für den März anberaumt wurde, ließ erkennen, daß die Vertragspartner von Locarno die Aufnahme Deutschlands zum Zweck der Inkraftsetzung der Locarno-Verträge so sehr als möglich beschleunigen wollten, und daß sie mit einem völlig klaren Verlauf der Märztagung rechneten. Wenn sie aber in dieser Beziehung anderer Ansicht gewesen wären oder auch nur entfernt an die Möglichkeit irgendwelcher Schwierigkeiten von dritter Seite gedacht hätten, wäre es lokalweise ihre Sache gewesen, diese Schwierigkeiten rechtzeitig aus dem Weg zu räumen. Es ist daher nach der ganzen politischen Entwicklung vor, in und nach Locarno nicht anzunehmen zu können, daß Deutschland niemals ausdrücklich die Bedingung gestellt habe, allein in den Rat aufgenommen zu werden. Die Aufnahme Deutschlands vor grundlegenden Änderungen des Pakt war selbstverständlich und hätte deutscherseits als ausdrückliche Voraussetzung doch nur dann zum Ausdruck gebracht werden brauchen, wenn die deutschen Unterhändler etwa hätten annehmen können, daß ihre Partner gleichzeitig mit dem deutschen Eintritt eine anderweitige grundlegende Änderung in der Zusammensetzung des Rates planten. Für die Annahme, daß ein solcher Plan bei einer der Locarno-Mächte befohlen oder auch von einer anderen Regierung erwogen werden könnte, lag nicht der geringste Anlaß vor.

38 Tote bei einem Schiffunglück.

London. Die Lloyd's Register aus Manco's gemeldet wird, ist der brasilianische Dampfer Paes de Carvalho, der von Manco's abgegangen war, unterwegs in Brand geraten und am 22. März in der Nähe von Coury mit Ladung und Mannschaft gesunken.

Den letzten Meldungen zufolge sind bei dem Untergang des Dampfers „Paes de Carvalho“ der Kapitän, 2 andere Offiziere, 9 Mann der Besatzung und 26 Passagiere ums Leben gekommen.

Schweres Grubenunglück.

Oberhausen. (Zwangsdruck) Auf der Zeche Oberhausen 1 bis 2 der „Gute Hoffnungshütte“ ereignete sich heute morgen ein schweres Unglück, indem bei der regelmäßigen Seilschicht gegen 6,30 Uhr der mit 35 Personen besetzte niedergelassene Korb im Schachtstumpf aufstieg. Von dem darin befindlichen Bergleuten haben wahrscheinlich sechs bis sieben den Tod gefunden. Die übrigen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Die Bergungsarbeiten sind noch im Gange. Schweres Unglück ist dadurch verursacht, daß der aufwärts gehende Korb unbelegt war. Der Korb wurde gegen die Seilscheibe gezogen, wobei das Zwischenstück riss. Die Unterzählung über die Ursache des Unglücks wurde von den Bergbehörden eingeleitet.

Berlin. (Zwangsdruck) Wie das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe (Grubenversicherungsbüro) durch den Amalisen Preussischen Pressedienst mitteilt, hat bei dem Unglück auf Zeche Oberhausen 2 Bergleute getötet, 13 schwer

und 18 leicht verletzt worden. Sämtliche Personen sind bis auf 4 Tote geborgen.

Steuerkompromiß-Verhandlungen.

Berlin. Von der Regierung wurde gestern mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichsfraktion darüber verhandelt, wie die Zustimmung der Sozialdemokraten zu der Steuerermäßigungsvorlage zu gewinnen wäre. Von den sozialdemokratischen Vertretern wurden folgende Punkte als Voraussetzungen für ihre Zustimmung angegeben: Allgemeine Verlängerung der Bezugsdauer der Gewerbesteuer-Unterstützung von 26 auf 39 Wochen und Berechtigung der Länder, Fakultativ in der Unterstutzung darüber hinauszuweisen; Wiederregulierung der Ausgetretenen in die Gewerbesteuerunterstützung. Keine allgemeine Senkung der Vermögenssteuer. Beschränkung der Mieten auf die Höhe der Friedensmieten bis zum 1. April 1927. Bei den Verdrängten Aufrechterhaltung der Einkommen. Ermäßigung der Zuckersteuer und Beseitigung der Salz- und der übrigen kleinen Steuern.

Die Regierung sagte zu, die von den Sozialdemokraten gestellten Forderungen sachlich auf die Möglichkeit ihrer Durchföhrung zu unteruchen unter Föhlungnahme mit den Parteien, die das Steuerkompromiß unterzeichnet haben.

Unter den Regierungsparteien haben bereits gestern Abend Verhandlungen über die Möglichkeit einer Wiederbildung auf der Grundlage der neuen sozialdemokratischen Bedingungen stattgefunden. Auf einen Abschluß dieser Verhandlungen kann erst am Donnerstag gerechnet werden. Bisher hält man in den Kreisen der Regierungsparteien eine Verständigung unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Voraussetzungen bei gewissen Abänderungen nicht für ausgeschlossen.